

## Aufbruch wagen: Für Emanzipation, Solidarität und Partnerschaft

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben gemeinsam in Sachen Gleichstellung von Frauen und Männern vieles erreicht. Das Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie steht dank unseres Engagements oben auf der politischen Agenda. Brandenburgs sozialdemokratisch geführte Regierung hat als erstes Land ein Paritätsgesetz eingeführt. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Dennoch bleibt noch viel zu tun. Im europäischen Vergleich ist Deutschland beim Thema Lohngerechtigkeit zwischen Männern und Frauen weit abgeschlagen. In Führungspositionen sind Frauen nach wie vor stark unterrepräsentiert. Der Frauenanteil im Deutschen Bundestag ist so niedrig wie seit zwei Jahrzehnten nicht mehr. Armut ist oft weiblich. Die Opferzahlen häuslicher Gewalt sind erschreckend. Und die Sexismus-Debatte offenbart die Diskriminierung in Alltag und Beruf, der sich Frauen gegenübersehen.

Wir wollen uns der wachsenden antifeministischen Debatte entschieden entgegenstellen. Es gibt keinen „Genderwahn“, sondern nach wie vor strukturelle Ungerechtigkeiten und Ungleichgewichte von Frauen gegenüber Männern in dieser Gesellschaft. Kein Mann wird diskriminiert, weil wir uns dafür einsetzen, dass jede und jeder ein emanzipiertes und selbstbestimmtes Leben führen kann – mit gleichen Rechten und Chancen.

Diese Auseinandersetzung um Geschlechtergerechtigkeit in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Medien wollen wir entschlossen weiter führen. Wir gehen als Partei mit gutem Beispiel voran.

- 1. Lohngerechtigkeit und Teilhabe am Arbeitsmarkt:** Mehr verpflichtende Lohntransparenz von Unternehmen, um Lohnlücken zu schließen.
- 2. Familiensplitting:** Wir ersetzen das Ehegattensplitting durch ein Familiensplitting.
- 3. Elternzeit ist Mütter- UND Väterzeit.** Deshalb soll das Elterngeld nur bei gerechter Aufteilung der Zeit verlängert werden können.
- 4. Paritätsgesetz und Quoten:** Wir bekennen uns zu Paritätsgesetzen und verbindlichen Quoten. Freiwillige Regelungen bringen uns nicht weiter.
- 5. Wir schaffen den § 219a ab und unterstützen die reproduktive Selbstbestimmung:** Wir haben Vertrauen in mündige Frauen und verantwortungsbewusste Ärztinnen und Ärzte.
- 6. Die Ächtung von Sexismus** und die glaubwürdige **Durchsetzung von Gleichstellung** beginnt in den eigenen Reihen.

## 1. Lohngerechtigkeit und Teilhabe am Arbeitsmarkt: Mehr verpflichtende Lohntransparenz von Unternehmen, um Lohnlücken zu schließen.

- Unser **Anspruch gerechter Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt** ist wirtschaftlich sinnvoll, vor allem aber geht es uns um ein Menschenbild, das jedem und jeder ein selbstbestimmtes und emanzipatorisches Leben ermöglicht. Um **Equal pay** zu erreichen, brauchen wir ein stärkeres Monitoring ungleicher Bezahlung. Wir wollen, dass Frauen nicht mehr fragen müssen, ob sie für gleichwertige Arbeit weniger verdienen, sondern dass Unternehmen nachweisen, dass gleichwertige Arbeit unabhängig vom Geschlecht auch gleich entlohnt wird. Das Entgelttransparenzgesetz kann nur ein erster Schritt sein, die Lohnlücke zu schließen. Es dauert uns einfach zu lange, bis eine Selbstverständlichkeit endlich zur Regel wird.
- Es geht jedoch nicht allein um gleiche Bezahlung für gleiche Jobs. Wir brauchen ein **anderes gesellschaftliches Verständnis für die Wertschätzung von Berufen**. Die Erziehung und Betreuung unserer Kinder, die Pflege unserer Eltern und Angehörigen müssen uns mehr wert sein. Die Lohndifferenzen zwischen traditionell weiblichen und männlichen Berufen sind inakzeptabel.
- **Bereits in der Schule und bei der Studienwahl fehlt es Mädchen und Frauen an Vorbildern und Mutmacherinnen, um sich von Stereotypen und Rollenerwartungen zu befreien**. Viel zu oft werden sie gefragt, ob sie sich denn wirklich sicher seien, wenn sie den beruflichen Weg in einem männerdominierten Bereich einschlagen wollen. Nicht ihr Geschlecht oder ihre Qualifikation, hindern sie daran, sondern eben diese überholten Rollenbilder.
- So verwundert es nicht, dass **Frauen nach wie vor auch in der Gründer- und Start-Up-Szene stark unterrepräsentiert** sind. Gezielte Ansprache und Förderung sowie bessere und flexiblere Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind hier gefragt. Das fängt beim **Mutterschutz** an. Schwangerschaft ist für selbstständige Frauen schon alleine deshalb ein Existenzrisiko, weil es für sie keine funktionierende Regelung für Mutterschutz gibt.
- **Selbstständigkeit** verlangt in der Regel eine **größere zeitliche Flexibilität**. An ebenso flexiblen Betreuungsangeboten mangelt es jedoch, so dass Kinder häufig nicht an Randstunden betreut werden können. Problematisch ist immer wieder auch die zeitliche Belastung. Hier lohnt sich ein Blick nach Belgien. Eine Bezuschussung von haushaltsnahen Dienstleistungen könnte helfen und für Entlastung sorgen. Denkbar wäre ein flächendeckender Ausbau von haushaltsnahen Dienstleistungen durch ein Gutscheinsystem nach belgischem Vorbild. Auch eine Kinderkomponente beim Gründungszuschuss wäre eine Antwort.
- Die **gerechte Teilhabe am Arbeitsmarkt** ist Grundvoraussetzung zur Überwindung von Kinderarmut und weiblicher Altersarmut.

## 2. Familiensplitting: Ehegattensplitting abschaffen und Familiensplitting einführen.

- Das Ehegattensplitting muss endlich der Vergangenheit angehören, es spiegelt nicht die Lebenswirklichkeit der Menschen in unserem Land wider. Es hat eine negative Steuerungswirkung

auf die Erwerbstätigkeit von Frauen. Nicht die rechtliche Institution Ehe, sondern **unsere Kinder gehören steuerlich gefördert**. Deshalb wollen wir ein **Familienplitting** einführen. In einem ersten Schritt sollen **Alleinerziehende** in die gleiche Steuerklasse wie die/der „Hauptverdiener/in“ in Ehen eingestuft werden können, damit sie einen doppelten Steuerfreibetrag erhalten.

### 3. Elternzeit ist Mütter- UND Väterzeit. Deshalb die Verlängerung des Elterngeldes nur bei gerechter Aufteilung der Zeit.

- **Elternzeit und Elterngeld** sind wichtige Errungenschaften, aber es ist an der Zeit, nachzusteuern. Die Möglichkeit, die Elternzeit bei Bezug des Elterngeldes zu verlängern, sollte nur dann bestehen, wenn auch der **Vater mindestens fünf Monate Elternzeit** nimmt. Ausgenommen davon sind alleinstehende Elternteile. Diese Maßnahme soll niemanden bestrafen, sondern im Gegenteil den Vätern zugute kommen, die sich nach wie vor gesellschaftlichen Vorurteilen gegenübersehen, wenn sie eine längere Elternzeit nehmen wollen, und hiervon gibt es erfreulicherweise immer mehr. Auch das ist Gleichstellung.
- Sozialdemokratische Regierungsbeteiligung hat dazu beigetragen, dass die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Kinderbetreuung** nicht nur auf der politischen Agenda steht, sondern auch endlich konkret angepackt wird. Das Ziel flächendeckender und gleichzeitig qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung ist jedoch noch lange nicht erreicht, hier bedarf es weiterer Anstrengungen auf allen politischen Ebenen.
- **Progressive Ideen zu Elternarbeitszeit**, für Paare wie Alleinstehende, gehören ebenso ins Zentrum dieser Debatte.

### 4. Paritätsgesetz und Quoten: Wir bekennen uns zu Paritätsgesetzen und verbindlichen Quoten. Freiwillige Regelungen bringen uns nicht weiter.

- Ohne **Paritätsgesetze für Parlamente und Quoten** schreitet die Gleichstellung schlichtweg viel zu langsam voran. Wir werben für politische Mehrheiten, die das gesetzlich ändern wollen, weil freiwillige Selbstverpflichtungen nicht ausreichen. Staat und öffentlicher Dienst sind hier besonders in der Pflicht, denn sie haben eine Vorbildfunktion. Deshalb wollen wir, dass eine **Änderung des Bundeswahlgesetzes an die Parität gekoppelt** wird. Im vergangenen Jahr haben wir 100 Jahre Frauenwahlrecht gefeiert, das maßgeblich von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erstritten wurde. So selbstverständlich wie das Recht zu wählen, sollte auch das Recht sein, gewählt zu werden.

### 5. Abschaffung § 219a: Vertrauen in mündige Frauen und verantwortungsbewusste Ärztinnen und Ärzte

- Die Debatte um den **§ 219a** verdeutlicht nach wie vor, dass Frauen die Fähigkeit abgesprochen wird, eine selbstbestimmte und verantwortungsbewusste Entscheidung zu treffen. Es geht weniger um Aufklärung als um Verurteilung. Wir haben zwar für den Übergang mit dem Koalitionspartner CDU/CSU zu § 219a einen Kompromiss gefunden. Diesen halten wir jedoch

dauerhaft für nicht praktikabel. **Deshalb ist für uns die Abschaffung das Ziel.** Denn Frauen in Notlagen brauchen Zugang zu Ärztinnen und Ärzten sowie Kliniken. Auch die Aufnahme von Schwangerschaftsabbrüchen in das fachmedizinische Curriculum gehört hierzu.

- Für eine langfristige Lösung, die alte Muster und Vorverurteilungen überwindet, brauchen wir aber auch die **Debatte um § 218** und vernünftige Regelungen zu Schwangerschaftsabbrüchen insgesamt. Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch gehören nicht in das Strafrecht.
- Außerdem wollen wir die **Debatte zur Familienwunschmedizin** in Deutschland offen und verantwortungsbewusst führen. Wir haben bisher keine vernünftigen Antworten auf gesellschaftliche Realitäten, die inzwischen sehr viele Menschen betreffen. Es handelt sich hier um einen sehr intimen Lebensbereich. Regelungen für zugängliche Methoden der Familienwunschmedizin sind jenseits heterosexueller Beziehungen unklar. Und niemand spricht hierüber. Wir finden, dass auch unverheiratete Paare, gleichgeschlechtliche Paare sowie alleinstehende Frauen Unterstützung erhalten sollten, wenn sie einen Kinderwunsch haben. Denn in der Realität bedeutet die derzeitige Lage, dass gut Verdienende, auch unverheiratete, sich Familienwunschmedizin leisten können, ökonomisch schwächer gestellte Menschen hingegen nicht. **Ein Kinderwunsch sollte weder von der Geldbörse noch vom Familienstand abhängen.**

## **6. Sexismus Stopp: Die Ächtung von Sexismus und die glaubwürdige Durchsetzung von Gleichstellung beginnt in den eigenen Reihen.**

- Sexismus zu bekämpfen und Gleichstellung durchzusetzen, fängt in den eigenen Reihen an. Deshalb wollen wir **Parteiveranstaltungen nur noch in paritätischer Besetzung** durchführen.
- Wir brauchen **Parität auf allen Ebenen**. Mit einem ausschließlich Genossinnen offen stehenden **Jahrgang der Kommunalakademie** wollen wir einen Beitrag dazu leisten, mehr Frauen die Chance auf ein Amt als Bürgermeisterin oder Landrätin zu eröffnen.
- Es entspricht nicht unserem Politikverständnis, dass Entscheidungen in informellen Runden gefällt werden. Das entspricht nicht unseren **Vorstellungen von transparenter Demokratie** in digitalen Zeiten.
- Wir müssen nicht nur sensibler werden, sondern auch sensibilisieren und entschieden entgegentreten bei sexistischen Sprüchen, Witzen und vor allem Werbung. Hierzu gehört auch besonders achtsam bei der **Darstellung von Frauen** in unseren eigenen Materialien zu sein.
- Die aus der AsF kommende Forderung nach einer **Sexismus-Kommission** greifen wir gerne auf. Diese Kommission sollte nicht nur Konzepte gegen Sexismus erarbeiten, sondern auch Anlaufstelle für Betroffene in und außerhalb der Partei sein.
- Um unser Anliegen einer gleichberechtigten Gesellschaft durchzusetzen, machen wir uns außerdem dafür stark, dass öffentliche Plätze und Straßen vorrangig nach Frauen benannt werden bis Parität erreicht ist.

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bauen wir damit auf einer stolzen historischen Tradition unserer Partei auf. Viele engagierte Sozialdemokratinnen haben unsere SPD geprägt und die Demokratie in unserem Land gestärkt. **Die Sozialdemokratin Elisabeth Selbert war es, die unser Grundverständnis „Frauen und Männer sind gleichberechtigt“ im Grundgesetz verankert hat.**

Die Sozialdemokratie ist so wenig ohne den Feminismus vorstellbar wie der Feminismus ohne Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Genau deshalb werden wir nicht zulassen, dass Erreichtes in Frage gestellt wird, sondern weiter **in Solidarität für gelebte Gleichberechtigung eintreten**. Und wir hören nicht auf, bis alle unabhängig von Geschlecht und sexueller Orientierung so leben können, wie sie wollen, ohne hierfür diskriminiert zu werden. **Gleiche Rechte für alle. Das bleibt unser Ziel. Und dafür kämpfen wir.**

## **Macht mit!**

Dieses Thesenpapier ist ein Angebot an Euch alle, mit uns über dieses Zukunftsthema zu diskutieren.

**Wir wollen den Aufbruch wagen: Für Emanzipation, Solidarität und Partnerschaft.**

Wir laden Euch ein, mitzumachen. Schreibt uns Eure Ideen an

[machmit@kampmannroth.de](mailto:machmit@kampmannroth.de)